

SWR2 Aula Ausverkauf

Die Gefahren der Privatisierung

Gespräch mit Tim Engartner

Sendung: Sonntag, 26. März 2017

Redaktion: Ralf Caspary

Produktion: SWR 2017

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Service:

SWR2 Aula können Sie auch als Live-Stream hören im **SWR2 Webradio** unter www.swr2.de oder als **Podcast** nachhören: <http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/aula.xml>

Die **Manuskripte** von SWR2 Aula gibt es auch als **E-Books für mobile Endgeräte** im sogenannten EPUB-Format. Sie benötigen ein geeignetes Endgerät und eine entsprechende "App" oder Software zum Lesen der Dokumente. Für das iPhone oder das iPad gibt es z.B. die kostenlose App "iBooks", für die Android-Plattform den in der Basisversion kostenlosen Moon-Reader. Für Webbrowser wie z.B. Firefox gibt es auch sogenannte Addons oder Plugins zum Betrachten von E-Books:

Mitschnitte aller Sendungen der Redaktion SWR2 Aula sind auf CD erhältlich beim SWR Mitschnittdienst in Baden-Baden zum Preis von 12,50 Euro.
Bestellungen über Telefon: 07221/929-26030

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert.
Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Ansage:

Mit dem Thema: "Ausverkauf – Die Gefahren der Privatisierung".

Der Vater-Staat ist nachlässig geworden, wenn es um seine Pflichten geht, er hat sich nämlich aus vielen gesellschaftlichen Bereichen zurückgezogen und sie der Privatwirtschaft überlassen, und das bringt viele Vor-, aber offenkundig auch viele Nachteile mit sich.

Tim Engartner ist Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, er hat als Warner und Mahner dazu ein Buch geschrieben, Titel: Staat im Ausverkauf, erschienen ist es im Campus Verlag, ich begrüße ihn zum Aula-Gespräch.

Gespräch:

Caspary:
Guten Morgen, Herr Engartner.

Engartner:
Guten Morgen, Herr Caspary.

Caspary:
In welchen Bereichen gibt es zurzeit Privatisierung?

Engartner:
Seit den 1980er Jahren, seit der von Helmut Kohl ins Leben gerufenen geistig-moralischen Wende, sind alle vormals sakrosankten Teilbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge von der Privatisierung erfasst worden: Bahn, Post, Telekom, Krankenhäuser, Justizvollzugsanstalten, Schulen, Hochschulen, das Gesundheits- und Bildungswesen in toto. Sie könnten die Liste der Privatisierungsobjekte nahezu unendlich fortführen. Das ist eine Entwicklung, die uns allesamt mit Sorge erfüllen sollte.

Caspary:
Sie haben Hochschulen und Schulen genannt. Aber die meisten Unis in Deutschland sind nicht privat?

Engartner:
Da haben Sie vollkommen Recht. Es gibt aber eine wachsende Zahl von privaten Hochschulen. Die bekanntesten sind die European Business School in Oestrich-Winkel oder die WHU in Witten/Herdecke. Es gibt eine ganze Reihe von privaten Hochschulen, die sich anschicken, mit exorbitanten Studiengebühren Studierende für sich zu gewinnen. Sie haben für gewöhnlich eine hohe Reputation und versprechen hohe Eintrittsgehälter auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dadurch rekrutieren sie eine Vielzahl von Studierenden. Bei Schulen kann man nicht nur beobachten, dass jede zweite Woche eine Privatschule in Deutschland eröffnet wird, sondern wir auch eine Privatisierung von außen haben: Bei den Gebäuden selber gibt es ganz viele öffentlich-private Partnerschaften, also private Baukonzerne, die Schulen errichten,

betreiben, renovieren und auch finanzieren – meist über einen Zeitraum von 25-30 Jahren.

Caspary:

Wenn ich auf der A5 fahre – von Baden-Baden aus Richtung Karlsruhe – ist ein langes Stück in privater Hand. Werden auch Autobahnen zunehmend privatisiert?

Engartner:

Das ist das große Thema unserer Zeit: Die größte Privatisierung seit der Bahn-Privatisierung im Jahr 1994 bricht sich gerade Bahn. Im *Land der Autofahrer* ist bezeichnenderweise die Privatisierung der Bundesautobahnen in vollem Gange. Es gibt mittlerweile sieben private Autobahnteilabschnitte, wo private Baukonzerne den Streckenabschnitt sowie den Autobahnaus- und -aufbau betreiben. Das finanzieren sie darüber, dass sie bei *Toll Collect* – also bei der LKW-Maut – entsprechend von den Einnahmen profitieren.

Caspary:

Und – was mir noch aufgefallen ist – seit ungefähr 10 Jahren gibt es auch private Krankenhäuser, die von Unternehmen geführt werden?

Engartner:

Ganz genau. Das ist ein großer Boom. Die großen Klinikkonzerne – *Asklepios, Helios, Sana* usw. – das sind die Krankenhausketten, die zunehmend die gemeinnützigen, kommunalen- oder Landeskrankenhäuser übernehmen. Die Zahl der privaten Krankenhäuser hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt. Auch das ist sinnbildlich für die Durchökonomisierung des Gesundheitswesens – also für einen Bereich, der vormals sakrosankt war. Es gibt im Volksmund den Ausspruch „Gesundheit lässt sich weder in Geld noch in Gold aufwiegen“. Offenkundig ist das aber kein schützender Spruch mehr für diejenigen, die sagen: „Die Verbetriebswirtschaftlichung des Gesundheitswesens darf nicht weiter Platz greifen“.

Caspary:

Was sind denn aus Ihrer Sicht die Gründe dafür? Wir haben uns ja zu einem Schuldenstaat entwickelt. Die Kommunen und Gemeinden sind tief verschuldet. Was sollen die sonst machen?

Engartner:

Sie legen den Finger in die Wunde. In der Tat ist das Privatisieren nur das Kurieren von Symptomen und nicht das Heilen von Ursachen. Ursächlich für diese Privatisierungswelle, die seit den 1980er Jahren über uns hereinbricht, ist in der Tat die chronische Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte. In Nordrhein-Westfalen etwa ist jede zweite Gemeinde dem *Haushaltssicherungsgesetz* unterstellt. Die klammen kommunalen Kassen schlagen mittlerweile auch bei den Schulen durch, die die Sanierungsaufwendungen gar nicht mehr aus eigener Kraft stemmen können. Der Bund ist ebenfalls hoch verschuldet, und wir haben vor allen Dingen – das ist ein wunder Punkt, den Sie markieren – seit dem Jahr 2016 auf Bundesebene die Schuldenbremse, die ab 2020 auch auf Landesebene greifen soll. Das ist der Kern, der Ausgangspunkt für die Privatisierungswelle, denn der Staat ist zur Handlungsunfähigkeit verdammt. Ich würde von einer Selbstentmachtung des Staates sprechen. Er erhält nicht mehr ausreichend Steuern; das Steueraufkommen

sinkt seit Jahren. Dadurch wird der Staat handlungsunfähig und ist darauf angewiesen, private Investitionen hinzuzuziehen.

Caspary:

Selbstentmachtung des Staates ist ein starker Vorwurf. Wenn Ihre Analyse stimmt, müsste man sagen: „Rauf mit den Steuern! – Der Staat nimmt zu wenig Steuern ein, er kommt mit dem Geld, das er hat, nicht aus“.

Engartner:

Die Neujustierung der Steuer- und Abgabenarchitektur müsste auf der politischen Agenda ganz weit oben stehen, wenn man denn der Autobahnprivatisierung, der Bahnprivatisierung, der Postprivatisierung, der Telekomprivatisierung entgegenzutreten wollte. Wir haben bei den Körperschaftssteuern – nehmen wir die Ära Kohl zum Maßstab – ein Absenken von 40%, über 25% auf jetzt 15% erlebt. Wir hatten zu Zeiten von Helmut Kohl, um 1983, einen Spitzensteuersatz, der bei 53% lag. Mittlerweile liegt dieser bei 42%, wenn man die Reichensteuer von 45% außen vor lässt. Wir haben eine massive Absenkung der Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuern erlebt. Die Erbschaftsteuer zum Beispiel trägt bei ihrem Aufkommen nur zu 0,7% zum gesamten Steueraufkommen bei. Da muss dringend nachjustiert werden. Es kann nicht sein, dass nur jede zehnte Erbschaft besteuert wird, wenn man in einer Leistungsgesellschaft lebt. In der Tat wäre eine Neujustierung der Steuer- und Abgabenarchitektur der wirksamste Mechanismus, der wirksamste Hebel, um der Privatisierungslogik entgegenzutreten.

Caspary:

Wir schleppen diese Schuldenlast in Deutschland schon lange vor uns her, warum wird dagegen nichts getan, haben die Politiker Angst vor Steuererhöhungen, weil das unpopulär ist?

Engartner:

Es gibt zwei Erklärungsansätze, die meiner Meinung nach zielführend sind. Der eine ist der, dass wir im Zeitalter des Neoliberalismus leben, wo man glaubt, dass der *schlanke* Staat – man könnte auch sagen: der magersüchtige Staat – derjenige ist, der uns glücklich macht. Man glaubt immer noch, auch im Jahre 8 nach der größten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise von 2008, dass wir auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen sollten. Dabei hat sich der Markt selbst erledigt, und da müsste dringend dagegen gesteuert werden. Das zweite ist, dass Politiker – gleich welcher Couleur – immer darauf bedacht sind, innerhalb ihrer Legislaturperiode von 4 oder 5 Jahren, größtmögliche Erfolge vorweisen zu können. Da ist es natürlich ganz hervorragend, wenn zum Beispiel die Stadt Dresden im Jahr 2006 den gesamten kommunalen Wohnungsbau privatisiert, sich damit als erste Großstadt in Deutschland schuldenfrei stellt und dann die in Amt und Würden befindlichen Politikerinnen und Politiker soziale Wohltaten daraus finanzieren können. Politiker haben nie die Perspektive von 15, 20 Jahren, wie Sie das als Journalist oder ich das als Wissenschaftler vielleicht haben, sondern sie schauen auf das, was sie innerhalb ihrer Legislaturperiode an Erfolgen vorbringen können, damit sie dann entsprechend wiedergewählt werden. Das ist die Krux, deswegen lahmen auch die Ausgaben in der Bildungspolitik; deswegen haben wir kaum substantielle Investitionen zum Beispiel ins Schienennetz erlebt. Denn das sind Investitionen, die sich erst nach 15-20 Jahren amortisieren und für die Volkswirtschaft rentieren.

Caspary:

Reden wir einmal über die Vor- und Nachteile der Privatisierung. Ich komme zurück auf das Beispiel Krankenhaus – da ist es für mich als Patient ja gar nicht schlecht, wenn ich eine große Bandbreite an Krankenhäusern habe, unter denen ich auswählen kann. Die meist privat geführten Krankenhäuser sind sehr transparent, anscheinend auch sehr effizient, haben gute Homepages – warum also nicht?

Engartner:

Ich empfehle die Lektüre der vorletzten *Spiegel*-Ausgabe aus dem letzten Jahr. Der Titelbericht kreiste um die Krankenhauskette *Asklepios*. Es wurden substantielle Fehlentwicklungen dargestellt; zum Beispiel, dass Krankenhauspatienten auf den Fluren des Krankenhauses aufbewahrt wurden, weil keine ausreichende Zahl von Betten vorgehalten werden konnte. Wir haben die Einführung des *DGR-Systems*, des *Diagnosis Related Groups-Systems*, wo es heißt: ein Fall gleich eine Pauschale, gleich ein Preis. Das ist dramatisch, weil die Verweildauer im Krankenhaus nicht mehr von den Krankenkassen gegenüber den Krankenhäusern tarifiert wird, sondern jeder Fall von den Krankenkassen gleich entlohnt wird. Das führt dazu, dass die Patienten oftmals im Zustand der „*englischen Entlassung*“ das Krankenhaus verlassen. Das heißt, sie werden krank entlassen und müssten eigentlich noch sehr viel mehr medizinische Nachversorgung erfahren. Das wiederum rentiert sich für die Krankenhäuser nicht. In der Tat stehen die Krankenhausketten in privater Trägerschaft nicht alleine da, auch die frei gemeinnützigen Häuser oder auch die Landes- und Kommunalkrankenhäuser, müssen nachziehen in diesem Zeitalter des betriebswirtschaftlichen Rationalismus.

Caspary:

Diese Privatisierung ging ja immer einher mit dem Versprechen: „Das ist effizienter und letztlich sogar auch billiger“. Sagen wir einmal: Die Kommune X lagert die Müllentsorgung, die Abfallentsorgung aus. Dann könnte man sagen: Diese private Firma macht das viel billiger, man spart die städtischen Mitarbeiter, den Fuhrpark und die Müllverbrennungsanlage. Das ist doch sinnvoll?

Engartner:

Das ist der größte Irrglaube, dem man sich nur hingeben kann.

Caspary:

Aber so wurde es verkauft, oder?

Engartner:

Es wird immer gesagt, die Privaten würden es besser, billiger und bürgernäher machen. Die Abfallentsorgung – da spreche ich quasi als Experte qua Geburt, weil in meiner Heimatstadt einer der größten Müllunternehmer beheimatet war, der jemals in Deutschland Geschäfte betrieben hat...

Caspary:

...ist das Köln?

Engartner:

Nein, aber in Köln hat er auch sein Unwesen getrieben. Helmut Trienekens kommt aus der niederrheinischen Provinz, aus Viersen. Er hat etwa mitgewirkt am Mülltrennungssystem; aber auch an dem breitenwirksamen Aufbau von

Müllverbrennungsanlagen. Da kann man sehen, dass sich die Müllgebühren innerhalb der letzten 20 Jahre unter den Privaten mehr als verdoppelt haben. Denn die Logik ist ganz einfach: Während eine Kommune, die ihren Müll entsorgen lässt, der Gemeinwohlorientierung verpflichtet ist, ist ein Unternehmen, das privatwirtschaftlich organisiert ist, der Gewinnerorientierung verpflichtet. Die müssen sich also nicht nur amortisieren, sondern überdies noch Gewinne erzielen. All das sind Vorgaben, die die öffentlichen Träger – die kommunalen Stadtwerke etwa – nicht erfüllen müssen. Deswegen spricht man mittlerweile nicht nur mit Blick auf die Ukraine, sondern auch mit Blick auf den Müllentsorgungsmarkt, von der orangenen Revolution. Hier kann man erkennen, dass viele Städte und Gemeinden – zum Beispiel der Kreis Aachen, aber auch andere – wieder angefangen haben, die Müllversorgung zu rekommunalisieren.

Caspary:

Sie sind ja Bahnexperte, Sie haben ein Buch über die *Deutsche Bahn* und auch über die Privatisierung geschrieben. Macht Ihnen die Privatisierung, gerade bei der Bahn, Sorgen – Stichwort Sicherheitsaspekte?

Engartner:

Es gab ja diesen berühmt-berüchtigten Radsatzwellenbruch auf der Kölner Hohenzollernbrücke im Jahr 2008, der bundesweit für Furore gesorgt hat. Es gab aus der Verankerung gerissene Türen im ICE zwischen Köln und Frankfurt. Es gab und gibt immer wieder Oberleitungsschäden, Lokschäden, Triebwerksschäden und Fahrpreiserhöhungen, Weichen- und Signalstörungen, Verzögerungen im Betriebsablauf aufgrund vorherfahrender Züge...

Caspary:

...und Sie meinen, das hat alles mit Privatisierung zu tun oder nicht mit schlechten, maroden Strukturen?

Engartner:

Das hat mit schlechten, maroden Strukturen zu tun. Aber auch mit einer chronischen Unterfinanzierung. Ich hatte einmal die Gelegenheit, mit dem gerade aus dem Amt geschiedenen Bahnchef Grube darüber zu sprechen – in einem halbstündigen Vieraugengespräch – , da hat er sehr freimütig eingeräumt, dass es ein Stückweit auch die Erblast seines Vorgängers Hartmut Mehdorn war, dass er nicht in ausreichender Weise in das rollende Material investiert hat, sprich in Züge, weil „er die Braut für den Börsengang aufhübschen wollte“. Diese Orientierung auf den Kapitalmarkt, dieses Diktat des Marktes, das ist es, was uns Sorge bereitet. Der Glaube, dass das am Ende des Tages alles preiswerter sei, wenn es die Privaten machen, ist wirklich ein Irrglaube.

Caspary:

Jetzt könnte man sagen: Der Herr Engartner, das ist so ein linksliberaler Professor, der uns jetzt die Privatisierung madig machen will. Aber was will er denn eigentlich? Will er zurück zum guten alten Sozialstaat, der alles irgendwie in den Händen hatte?

Engartner:

Ich plädiere nicht für eine Renationalisierung sämtlicher Teilbereiche des öffentlichen Lebens. Aber es gibt in der Ökonomie – diese Theorie wird von konservativen Ökonomen gleichermaßen geteilt – die Theorie der meritischen Güter. Das sind die

sogenannten verdienstvollen Güter: Theater, Museen, Schwimmbäder – in Gestalt von öffentlichen Badeanstalten – oder auch Schulen, Bildungsinstitutionen allgemein...

Caspary:
...die alle einen Mehrwert haben...

Engartner:
...ganz genau. Die haben einen Wert an sich, der sich nicht in Heller und Pfennig bemessen lässt. Ich glaube, wir werden in einer Gesellschaft leben, die nur noch den Preis, aber von nichts mehr den Wert kennt. Das haben wir verloren. In einer zivilisierten Gesellschaft gehört es dazu, dass wir Theater, Museen und Schwimmbäder mit 70% oder 80% bezuschussen. Denn das macht unsere Gesellschaft aus – gerade auch mit Blick auf Bildungsaspiration von Bildungsbenachteiligten, auch denen soll es möglich sein, Theater und Museen aufzusuchen. Das kann man nicht einigen Wenigen, die es sich leisten können, überlassen.

Caspary:
Bei Bildung verstehe ich das, Herr Engartner. Das sollte wirklich in öffentlicher Hand sein. Ich glaube, es geht nicht gut, wenn Private das machen, weil sie natürlich in die Bildungspläne, in die Lehrpläne eingreifen und bestimmt auch ideologisch gefärbte Bildung verbreiten. Aber beim Schwimmbad verstehe ich es nicht ganz.

Engartner:
In den letzten 10 Jahren sind zwischen Flensburg und Passau mehr als 1000 Schwimmbäder geschlossen worden – also städtische Badeanstalten. Vielfach wurde die Wassertemperatur in den städtischen Badeanstalten abgesenkt, zum Beispiel in Gladbeck...

Caspary:
...soll ja gesund sein...

Engartner:
...soll gesund sein, wenn nicht gerade Warmbadetag ist. Man konnte schlichtweg die Energiekosten vor Ort nicht mehr tragen. Das ist eine Fehlentwicklung. Manchmal treten die privaten Betreiber auf den Plan und errichten sogenannte Spaßbäder, die für gewöhnlich sehr viel teurer sind, als es die städtischen Badeanstalten sind und damit für viele gerade kinderreiche Familien schlicht unerschwinglich werden. Von daher warne ich mit Nachdruck vor dem Ausverkauf der städtischen Badeanstalten. Das sage ich Ihnen als jemand, der nur sein Seepferdchen gemacht hat und kein passionierter Schwimmer ist, da dies für mich eine absolute Fehlentwicklung darstellt.

Caspary:
Reden wir über die Alternativen. Warum kann man die Bürgerinnen und Bürger nicht dazu verpflichten, sich für diese Dinge mit einem Mehrwert einzusetzen? Zum Beispiel durch Spenden oder Stiftungen. Alternative: mehr bürgerschaftliches Engagement?

Engartner:

Es gab ja von dem Karlsruher Philosophen Sloterdijk einmal die Forderung, den fiskalischen Zwangsstaat abzuschaffen, man solle stattdessen lieber auf die Freiwilligkeit von finanziellen Zuwendungen durch die Bürgerinnen und Bürger hoffen. Ich bin zwar Philanthrop und glaube an das Gute im Menschen, glaube aber nicht, dass die Zahlungsbereitschaft, auch der Besserbetuchten, so umfänglich ist, dass wir das, was wir an Steuereinnahmen erzielen, durch Zuwendung in Form von Spenden oder auch der Gründung von Stiftungen erreichen könnten. In der Bildung können Sie es ja schon beobachten. Ich würde sagen, wir befinden uns auf dem Weg vom Land der Dichter und Denker zum Land der Stifter und Schenker. Wir stellen immer wieder fest, dass diese privaten Zuwendungen mit bestimmten Zwecken verknüpft werden; dass das Geld eben nicht in die alten Philologien fließt; dass es nicht in die Orientalistik fließt oder in die Indologie und Tamilistik; sondern es fließt für gewöhnlich in die prestigeträchtigen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge, wo dann Stiftungsprofessuren aufgebaut werden. Oder es fließt in die ökonomische Bildung; in Lehrstühle für *Entrepreneurship Education*.

Caspary:
Was ist das?

Engartner:
Entrepreneurship Education ist die Forschungsrichtung, die mehr Unternehmergeist in die Schulen tragen will. Also im Land der abhängig Beschäftigten, so das Lamento, müsse es mehr freiberufliches Dasein geben und wir müssten die Selbständigenquote substantiell erhöhen.

Caspary:
Das meinte ich damit: Die Privatisierung führt gerade im Bereich Bildung dazu, dass eine Ideologisierung stattfinden könnte?

Engartner:
Ganz genau. Keine Widerrede, sondern vollkommene Zustimmung. In der Tat ist die Einrichtung von Stiftungslehrstühlen eine Form von *Agenda Setting*, die mittlerweile ziemlich populär ist. Als Frankfurter weiß ich, wovon ich spreche...

Caspary:
...Sie sind an der Frankfurter Goethe-Universität...

Engartner:
...wir haben die meisten Stiftungsprofessuren in der gesamten Republik, 57 Stück an der Zahl. Und das hat durchaus seine Berechtigung. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Wir sind auch eine Stiftungsuniversität, was ich für sehr nützlich halte, wenn es darum geht, bestimmte Bestrebungen im Blick zu halten. Aber natürlich hat auch der Staat seine Aufgabe. Auch er muss dafür Sorge tragen, dass vermeintlich randständige wissenschaftliche Themenfelder bestellt werden. Ein Beispiel: Es gab lange Zeit die Bestrebungen, Lehrstühle für Islamwissenschaften abzuschaffen. Nach 09/11 – nach den Anschlägen von New York – gab es einen unglaublichen *Run* auf Islamwissenschaftlerinnen und Islamwissenschaftler. Da hatte man auf einmal einen eklatanten Bedarf. Da Bildung mitunter einen Wert hat, der sich nicht in Heller und Pfennig beziffern lässt, würde ich behaupten, dass auch die alten Philologien – unser kulturelles Erbe – gegen neumodische oder zeitgeistige Erscheinungen verteidigt werden müssen.

Caspary:

Zeigt sich für Sie die Privatisierung auch schon im schulischen Bereich an den Unterrichtsmaterialien?

Engartner:

Das ist einer der wirksamsten und in der Öffentlichkeit am kontroversesten diskutierten Felder: der Versuch, über Unterrichtsmaterialien Einfluss zu gewinnen im Kampf um die Köpfe der Kinder im Klassenzimmer. Private Contentanbieter werden zum Beispiel von Arbeitgeberverbänden, von Unternehmen oder auch von der Industrie- und Handelskammer beauftragt und versuchen entsprechend mit ihren gefärbten, hochgradig selektiven, manipulativen und tendenziösen Materialien Einfluss auf das Vorstellungsvermögen von Kindern zu gewinnen. 16 der 20 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland produzieren Unterrichtsmaterialien. Darunter sind so reputierliche Unternehmen wie die *Deutsche Bank*, die *Commerzbank*, *Daimler*, *Siemens* und viele andere mehr. Das ist ein riesengroßer Trend, weil – da kommen wir wieder zum Ursprungspunkt zurück – die klammen kommunalen Kassen es den Schulen nicht mehr erlauben, Schulmaterialien in ausreichendem Maße anzuschaffen; zum Beispiel Schulbücher, die noch zeitgemäß sind, weil der Schulbuchetat einfach zu knapp ausfällt; oder, weil sogar die Kopierkontingente gedeckelt sind.

Caspary:

Wenn das wirklich so alarmistisch ist, wie Sie das darstellen, und noch nicht einmal genug Geld da ist für aktualisierte Schulbücher, dann müssen doch echt die Eltern ran?

Engartner:

Es gibt ja diese nahezu witzig anmutende Erzählung, dass man ein Politikbuch, das noch D-Mark-Werte ausweist, im Unterricht heranziehen kann, um den fächerverbindenden Unterricht zu profilieren.

Caspary:

Sagt man dann den Schülern: „Jetzt ersetzt bitte in jedem Buch die D-Mark durch Euro – ihr dürft dazu den Kuli benutzen“?

Engartner:

Ganz genau. Und so haben Sie fächerverbindenden Unterricht hergestellt.

Caspary:

Was machen wir jetzt, Herr Engartner? Sie würden erst einmal Steuern hochsetzen, die Reichen mehr besteuern?

Engartner:

Ich bin kein erklärter Befürworter einer höheren Einkommenssteuer, weil ich glaube, Leistung darf sich durchaus lohnen. Aber wenn wir dem Prinzip der Leistungsgesellschaft, der Meritokratie, Rechnung tragen wollen, dann müsste man die Erbschaftssteuer signifikant erhöhen; auch die Körperschaftssteuer müsste erhöht werden. Dafür braucht man natürlich eine Neujustierung der Steuerarchitektur in Europa – also eine Harmonisierung der steuerlichen Vorgaben. Es kann überhaupt nicht sein, dass Großkonzerne wie *Apple*, *Amazon*, *Facebook*, *Ikea* usw. sich

systematisch um die Steuerlast herumdrücken, indem sie kurioseste Steuermodelle entwickeln. Das ist ein Ungleichgewicht und dem muss politisch entschieden entgegengewirkt werden.

Caspary:

Ist es überhaupt möglich, dass man die Privatisierung wieder zum Teil zurücknimmt? Denn ich vermute, das ist eine europäische Entwicklung, die wir nicht alleine durchmachen – beispielsweise die *Thatcher-Ära* in England verlief vermutlich ähnlich?

Engartner:

Die *eiserne Lady* Margaret Thatcher hat in der Tat während ihrer Regentschaft – von 1979 an – in „mustergültiger“ Art und Weise die Privatisierung vorangetrieben: *British Airways*, *Rolls-Royce* und viele andere Unternehmen mehr hat das betroffen. Nur an den Kopf der Königin hat sie sich nicht ran gewagt. Das heißt, sie hat die *Royal Mail* nicht privatisiert, was Cameron tatsächlich ins Werk gesetzt hat: die Privatisierung der *Royal Mail*. Es wurde also selbst die Post privatisiert.

Wenn Sie nach einem *Zurück* fragen, glaube ich, dass sich innerhalb der Bevölkerung so langsam aber sicher ein breites Unbehagen gegenüber Privatisierungsergebnissen herauskristallisiert. Ein Beispiel: Alle beklagen, dass das Erstellen von Reisepässen, Führerscheinen und Personalausweisen in den letzten Jahren so viel teurer geworden ist, was daran liegt, dass unter Hans Eichel die Bundesdruckerei privatisiert worden und an Apax, einen Finanzinvestor, verkauft worden ist, der dann in finanzielle Schieflage geraten ist und dann sehr kostspielig zurückgekauft werden musste. Das hat die Gebühren explodieren lassen. Auch die Post etwa: Montags wird kaum noch einem Privathaushalt Post zugestellt. Das liegt daran, dass die Zustellungsintervalle ausgedünnt wurden. Wir beklagen die Demontage von Briefkästen, wir beklagen die systematische Heraufsetzung von Briefporto – auf jetzt 70 Cent für einen Standardbrief. Wir beklagen die schlechten Arbeitsbedingungen von Postboten oder Paketboten, die bei *DPD*, *DHL*, *Hermes* und anderen beschäftigt sind. Die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse im Postsektor ist dramatisch. Wenn wir dem in einer humanen, zivilen Gesellschaft entgegenwirken wollen, muss man eine Neujustierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zwingend herbeiführen.

Caspary:

Sie meinen, die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung nimmt so weit zu, dass das von der breiten Bevölkerung getragen wird?

Engartner:

Knapp 80% der bundesrepublikanischen Bevölkerung wollen Bahn, Post, Gas- und Stromwerke in öffentlicher Hand sehen. Und zwar auch Unionswähler – auch FDP-Wähler zum Teil – , weil sie Sekundäreffekte der Privatisierung langsam aber sicher erkennen. Wir haben leider bei den Privatisierungsthemen immer das Problem, dass sie nicht breitenwirksam in die Öffentlichkeit getragen werden, weil die Folgen der Privatisierungspolitik nicht unmittelbar sichtbar werden. Ich hoffe, dass die Privatisierung der Bundesautobahnen – im *Land der Autofahrer* – zum Wahlkampfthema erklärt wird. Denn das, was hier in den vergangenen Wochen und Monaten an Desinformationspolitik betrieben wurde, ist wirklich atemberaubend.

Caspary:

Beispiel?

Engartner:

Man behauptet ja jetzt – das war auch die Meldung auf renommierten Internetseiten – die Privatisierung sei gestoppt. Sigmar Gabriel habe die Privatisierung gestoppt. Das ist eine sachliche Falschbehauptung. Nach allen definitorischen Merkmalen von Privatisierung ist mit der Begründung einer Autobahninfrastrukturgesellschaft nach GmbH-Kriterien, die dann nach 3-4 Jahren evaluiert werden soll, automatisch eine formalrechtliche Privatisierung verbunden. Dann haben wir sehr schnell die privaten Eigentümergemeinschaften, die sich dort einkaufen können.

Caspary:

Wir werden sehen, was passiert und wir schauen, ob das bei der anstehenden Bundestagswahl ein Wahlkampfthema wird. Ich wünsche Ihrem Buch viel Erfolg.

Engartner:

Herzlichen Dank.

Prof. Dr. Tim Engartner (Jahrgang 1976), ist seit April 2012 Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Mitglied des Direktoriums der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL). Herr Engartner ist Träger des Deutschen Studienpreises (2006), des Förderpreises der Gregor-Louisoder-Umweltstiftung (2008), des Günter Reimann Wissenschaftspreises (2009) sowie des 1822-Universitätspreises für exzellente Lehre (2014).

Die Schwerpunkte seiner Forschung sind u.a. die empirische und normative Grundlagen der sozialwissenschaftlichen Didaktik, Pluralismus und Subjektorientierung in der politisch-ökonomischen Bildung und der Wandel der Staatlichkeit (insbesondere Privatisierung und Rekommunalisierung).

Internetseite: <http://www.fb03.uni-frankfurt.de/42426389>

Buchauswahl:

- Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland, Frankfurt a. M./New York 2016 (Campus Verlag)
- Pluralismus in der sozialwissenschaftlichen Bildung. Zur Relevanz eines politikdidaktischen Prinzips, Berlin 2014 (Duncker & Humblot)
- Die Privatisierung der Deutschen Bahn. Über die Implementierung marktorientierter Verkehrspolitik, Wiesbaden 2008 (VS Verlag für Sozialwissenschaften) [Dissertation]